

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 Eintragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen bis 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weyh.

Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsbüro: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitrasse 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

### Zur Sozialisierungsfrage.

II.

#### Äußere und innere Sozialisierung.

Wenn man das Wesen der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens genauer untersucht, so findet man, daß es sich hierbei um zwei ganz verschiedene Dinge handelt, die aber in einem inneren Zusammenhange stehen und sich gegenseitig ergänzen müssen. Rein äußerlich betrachtet ist die Sozialisierung ein sozialistischer Betrieb. Ein Betrieb wird enteignet, er wird aus dem Eigentums- und Besitzverhältnisse, von innen aus gesehen, ist sie ein Entwicklungsvorgang, eine geistige Umwandlung unserer Wirtschaftsweise aus einer kapitalistischen in eine sozialistische. Ein Besitz wird enteignet, er wird aus dem Eigentum eines Kapitalisten oder einer Kapitalistengruppe in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt, was wir mit dem Ausdruck Vergesellschaftung bezeichnen. Er soll aber auch in seinem Wesen verändert werden, indem der Geist des Kapitalismus ausgeglegt und durch den Geist des Sozialismus ersetzt wird, wofür wir den Namen Vergemeinschaftung geprägt haben. Die rein äußerliche, mechanische Sozialisierung ändert an und für sich an dem Wesen eines Betriebes nicht das geringste, es muß noch die innerliche Sozialisierung hinzukommen, die den Betrieb erst wirklich zu einem sozialistischen Betrieb macht. Kurz ausgedrückt heißt das: die Vergesellschaftung unseres Wirtschaftslebens muß durch eine Vergemeinschaftung ergänzt werden.

Die Vergesellschaftung eines Betriebes kann im Handumdrehen vollzogen werden, etwa durch einen gesetzgeberischen Akt, durch einen Parlamentsbeschluß, durch eine friedliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten oder auch durch eine gewaltsame, zwangsweise Enteignung; sie hat aber auch lediglich eine formale Wirkung und läßt den Betrieb als solchen unberührt. Dagegen verlangt die Vergemeinschaftung eines Betriebes Arbeit, Geduld und Zeit, sie kann nicht das Werk eines Augenblicks sein, sondern nur das Ergebnis eines langwierigen Umwandlungsprozesses, dafür wühlt sie aber auch den Betrieb von Grund auf um und läßt ihm eine neue Seele ein. Die innerliche Sozialisierung ist natürlich viel schwieriger als die äußerliche Formveränderung, dafür ist sie aber auch viel weiträumiger, wirkungsvoller und festsicherer als jene. Die Vergesellschaftung ist eine Frage des Rechts oder der Macht, die Vergemeinschaftung ist eine Sache der Bildung und der Erziehung, erstere beruht auf dem Willen, letztere auf dem Können, erstere erfordert wirtschaftliche Kraft und politische Macht, letztere muß sich auf geistige und seelische Kräfte stützen.

Leider bleiben die allermeisten Menschen im Formale stecken, da ihr Blick an äußerlichkeiten haftet und nicht in die Tiefe dringt. Sie sehen in der Sozialisierung nur den äußerlichen Rechtsakt, die Veränderung des Eigentums, während sie darüber die innere Umwandlung, die Durchsäuerung mit dem Geiste des Sozialismus, vernachlässigen, obwohl diese mindestens ebenso wichtig ist wie jene. Darum erwarten sie die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens von den Parlamenten und den Regierungen oder gar von einer gewaltsamen Enteignung durch die Diktatur des Proletariats, anstatt daß sie die Sozialisierung selbst in die Hand nehmen, was eigentlich schon längst hätte geschehen müssen. Und weil die Sozialisierung von oben auf sich warten läßt, was nach der Ueberzeugung eines jeden Sachvermers nicht etwa an dem bösen Willen der maßgebenden Personen und Stellen liegt, als vielmehr an den ungeheuren Schwierigkeiten unserer Lage, werden die Massen ungeduldig und unruhig. Die Enttäuschung über die mangelhaften Erfolge der Revolution führt dazu, daß ein großer Bruchteil der durch die revolutionären Ereignisse aufgepeitschten Proletariats wieder in die alte Gleichgültigkeit und Untätigkeit zurückfällt und dadurch der kommenden Reaktion den Weg ebnet, während die willensstarken Elemente glauben, durch Streiks, Partisanen und andre radikale Mittel die Revolution weiterzutreiben zu können, was ebenfalls der Reaktion Vorschub leistet.

Da erscheint es denn mindestens wert, daß der Blick der Massen auf die innere Sozialisierung gerichtet wird, die schon heute vorgenommen werden kann und muß. Zweifellos ist sie geeignet, unser Wirtschaftsleben wieder gesund zu machen und dadurch die äußere Sozialisierung zu erleichtern. So viel steht ja unbestreitbar fest: soll eine Sozialisierung wirklich Wert haben, so muß ein neuer Geist in die Betriebe einziehen, der alle Sauerkeit der Selbstsucht und der Egoismus, der Habsucht und der gegenseitigen Verteufelung muß gründlich ausgeglegt und durch den Geist des Solidarismus und des Gemeininteresses, der Eintracht und der Brüderlichkeit ersetzt werden. Alle in einem Betriebe Beschäftigten müssen dahin erzogen werden, daß sie aus Gemein Sinn und Menschenliebe, freiwillig und ohne Zwang, ebenso ihre Pflichten, wie sie es bisher aus persönlichem Interesse, nämlich aus der Sucht nach hohem Verdienst oder aus Angst vor wirtschaftlichen Schädigungen, getan haben. Darüber hinaus müssen sie sich gewöhnen, zur Förderung des Gemeinwohls pflichttreuer, gewissenhafter und sorgfamer zu arbeiten als bisher. Sozialismus heißt ja, das Allgemeininteresse höher stellen als den persönlichen Vorteil, bei allem Eum und Laffen den eigenen Vorteil unter Umständen zurücksetzen und bewußt und planmäßig Rücksicht nehmen auf das Wohl und Wehe anderer Menschen und zumal der

Allgemeinheit. Wenn diese Erziehung unseres Volkes zu einer sozialistischen Gesinnung und Handlungsweise nicht gelangt, dann mag sich der Sozialismus nur ruhig begraben lassen.

Wie weit wir hier von noch entfernt sind, das braucht unsern Lesern, die mitten im wirtschaftlichen Leben drin stehen, wohl nicht erst gesagt zu werden. Sie kennen die Wirklichkeit und erfahren tagtäglich, daß das, was von den Schreibern und Wirkköpfen unter der Flagge des Sozialismus verzapft wird, mit dem wirklichen Sozialismus nichts zu tun hat. Besonders den alten Genossen, die in der Schule des Sozialismus groß geworden sind, dreht sich manchmal das Herz um, wenn sie sehen müssen, in welcher frivolen Weise mit dem Sozialismus Schindluder getrieben wird. Aus dieser Erkenntnis heraus muß uns nun der Wille erwachen, erzieherisch auf die Kollegen und Kolleginnen einzuwirken und sie zu Sozialisten zu machen, die das Wort Sozialismus nicht nur im Munde führen, sondern auch durch die Tat beweisen. In dieser Hinsicht vermögen die Betriebsräte eine dankbare Aufgabe zu erfüllen, indem sie neben der Vertretung wirtschaftlicher Interessen auch Erziehungsarbeit leisten. Sie können sich ein großes Verdienst um die Arbeiterklasse erwerben, wenn sie die äußere Sozialisierung der Betriebe fördern, zugleich aber auch für die innere Sozialisierung Sorge tragen. Beides muß Hand in Hand gehen, da das eine ohne das andre keinen Wert hat, weil es nur halbe Arbeit ist. Wie beim Menschen Körper und Seele gleichermaßen das Wohlbefinden beeinflussen, so wird unser Wirtschaftsleben nur dann gesund, wenn die sozialistische Form mit einem sozialistischen Inhalt erfüllt wird.

### Neue Organisationsformen.

Der Kollege W. Reimann (Berlin) schreibt: Der Artikel in Nr. 35 des „Proletariats“ mit obiger Ueberschrift gibt mir Anlaß zu einigen Bemerkungen:

Vorweg: „Die Motive, die den Arbeiterausschuß der Margarinewerke Berolina, speziell den Kollegen Hünic, leiteten, haben mit neuen Organisationsformen wirklich nichts zu tun. Sie sind auch mit den Anstreben, wie wir solche in letzter Zeit aus der Seifenindustrie erhalten haben, gar nicht auf eine Stufe zu stellen!“ Hier kurz der Sachverhalt:

Die Kollegen der Margarinewerke Berolina befanden sich seit längerer Zeit über die Zahlung einer Teuerungszulage zu den abgeschlossenen Tariflöhnen mit ihrer Firma in Differenzen. Seitens der Firmenleitung wurde in dem Sinne operiert, als ob in Berlin schon an und für sich außerordentlich hohe Löhne gezahlt würden, außerdem wurden wiederholt Andeutungen gemacht, daß in andern Orten gewisse Mindestleistungen des einzelnen Arbeiters vorgeesehen wären usw. Um hier Klarheit zu schaffen und bei der ständigen Sitzung des Schlichtungsausschusses Material in den Händen zu haben und damit den bei uns organisierten Kollegen zu dienen, deshalb das Vorgehen der Kollegen der Berolina.

Nun sind auch wir durchaus der Meinung, daß die Kollegen sich das Material durch die hiesige Ortsverwaltung hätten beschaffen sollen, ob aber das über den grünen Meer gelobte Vorgehen der Kollegen aus Stettin das richtige war, bestreiten wir, es gibt andre Wege.

Vor mir liegt ein Schreiben eines Arbeiterausschusses aus München, welches an den Arbeiterausschuß einer hiesigen Fabrik zwecks Auskunft über Lohnverhältnisse usw. gerichtet ist. Der betreffende Ausschuß hat das Schreiben unserer Ortsverwaltung vorgelegt, und dieselbe hat sich um Auskunft über den Verfasser, die Beweggründe usw. an die hiesige Ortsverwaltung gewandt. Bis heute sind wir allerdings noch ohne Antwort, aber es ist deswegen kein Artikel von anderthalb Spalten im „Proletarier“ erschienen und wir werden, wenn uns München mitteilt, die Kollegen sind bei uns organisiert, die gewünschte Auskunft im Interesse der Sache gern erteilen; selbst wenn hier einmal „St. Bureaokratismus“ nicht zu seinem Recht kommen sollte.

Nun legt aber der Artikel unzweifelhaft eine Bunde in unserer Organisation bloß, und zwar die mancherlei Verbindungen in den einzelnen Industriezweigen. Wohl sind Tarifverträge geschlossen, in diesem Fall ein Reichstarif, aber bei den doch immerhin gegen früher veränderten Arbeitsmethoden fehlt jede Fühlung, jeder Austausch von Meinungen über die gemeinsamen Interessen in der Industrie.

Und so wie es in der Margarineindustrie liegt, ist es leider in allen andern Industriezweigen unseres Agitationsgebietes. Hier muß Wandel geschaffen werden. Es müssen Kräfte frei gemacht werden, die als Informationsquelle in allen, die einzelnen Industriegruppen und Orte betreffenden Fragen schnellstens Auskunft geben können. Es müssen von Zeit zu Zeit Branchenkongressen abgehalten werden, wo die Meinungen ausgetauscht und die gegenseitigen Erfahrungen erörtert, um später nutzbringend verwendet zu werden. Gewiß wird heute jede Kraft, jeder Mann gebraucht, aber wollen wir den Ansprüchen der Zeit Rechnung tragen, dann müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die dringenden Anforderungen zu befriedigen.

Wie liegen heute die Dinge? Eine größere hiesige Fabrik beschäftigt für ihr Wirtschaftsgebiet in der chemischen Industrie einen Lohnvertrag abzuschließen. Um nun nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, schlecht abzuschließen, wendet sie sich an 10, 20, 30 Fachstellen mit der Frage, wie sind bei euch die Verhältnisse, was werden für Löhne bezahlt usw.? Nur wenige antworten rechtzeitig, andre verspätet und der größte Teil gar nicht.

Später kommen dann die Vorbürfe: „Wie konntet ihr zu unserm Schaden so abschließen, ihr habt uns die Verhandlungen wesentlich erschwert usw.“ Das Gesagte trifft für alle Industriezweige zu.

Es muß eine Zentralstelle geschaffen werden, bei der alle abgeschlossenen Verträge, Lohnänderungen usw. zusammenkommen. Die Zentralstelle muß jederzeit in der Lage sein, das einschlägige Material zur Verfügung zu stellen. Sie ist nicht zu verwechseln mit der Stelle, die das Material zu statistischen Zwecken bearbeitet. Man komme nicht mit dem Hinweis auf den „Proletarier“. Seine Hauptaufgabe ist nicht informativ, sondern hauptsächlich agitatorisch zu wirken.

So berechtigt es ist, Bestrebungen, die eine zersplitternde Tendenz tragen, zu bekämpfen, so notwenig es, die Beweggründe, die zu derartigen Vorgehen führen, zu untersuchen.

Nicht nur die Wirkung bekämpfen, sondern die Ursachen beseitigen, mit andern Worten:

#### „Klar aussprechen was ist!“

Hierzu ist zu sagen: Es hat mit Bureaokratismus nichts geringere zu tun, wenn eine Organisationsleitung darauf hält, daß alle wichtigen Organisationsfragen durch die Leitung der Organisation resp. durch ihre Organe erledigt werden. Kollege Reimann ist ja derselben Meinung, also besteht in dieser Beziehung eine einheitliche Auffassung. Würden die Arbeiterausschüsse die innerorganisatorischen Fragen erledigen, dann verlor die Organisationsleitung völlig den Ueberblick. Es ist auch gar nicht notwendig, daß eine Zentralstelle als Informationsquelle geschaffen wird, denn eine solche besteht bereits. Beim Hauptvorstand soll bekanntlich über jede Lohnbewegung berichtet werden. Geschieht das immer, dann liegen im Hauptbureau stets die neuesten Lohn-Erregungsschriften schriftlich vor und können auf Verlangen jederzeit den interessierten Kollegen im Reich zugesandt werden. Allerdings wenn Fachstellen prinzipiell nicht berichten oder auf Anfragen nicht antworten, dann taugt die Leitung in der Regel nicht viel und dann nähren alle Informationsbureaus und Fachstellen nicht. Der Kollege Reimann schreibt, wir müßten die Beweggründe suchen, die zu derartigen Vorgehen (Ausschaltung der Fachstellen durch die Ausschüsse) führen. Da ist doch die Frage angebracht: Haben denn die Arbeiterausschüsse, die in letzter Zeit den von uns erstrebten Weg eingeschlagen haben, vorher überhaupt den Versuch gemacht, durch die zuständige Organisation ihren Zweck zu erreichen? Nein, das haben sie eben nicht getan. Also, was sind das für Beweggründe, die zu dem unrichtigen Vorgehen dieser Ausschüsse führten? Erst wenn die Organisation, sei es der Hauptvorstand oder seien es die Fachstellenleitungen, gegenüber irgendwelchem Verlangen von Arbeiterausschüssen auf Unterstützung und Mithilfe verjagt hätten, könnte von Beweggründen gesprochen werden. Es sind also gar keine Ursachen zu beseitigen, weil keine vorhanden waren oder sind. Es liegt auch keine Veranlassung vor, etwas zu beschönigen, was man für falsch hält. So kann man ein Uebel nicht beseitigen, wenn man den Kollegen einredet, sie hätten Gründe gehabt zu ihrem Vorgehen. Die Kollegen in den Ausschüssen müssen sich daran gewöhnen, mit der Organisation gemeinsam zu arbeiten, sonst geraten sie auf die schiefte Ebene. Es ist ganz auffallend, daß die neue Praxis auf einmal in so vielen Industriezweigen auftaucht. Früher gab es doch auch Arbeiterausschüsse, aber stets mußten sie ihre Organisation zu finden. Der Gedanke, daß die Ausschüsse von organisierten Leute beeinflusst resp. geschaffen werden, ohne die Organisation zu fragen, ist nicht von ungefähr. Es gibt heute mehr Leute als vor der Revolution, die ein Interesse daran haben, die Arbeiterchaft ihrer Organisation zu entfremden. Deshalb Vorsicht, die Arbeiter könnten es zu bereuen haben, wenn es zu spät ist. Vom Kollegen Hünic speziell sind wir überzeugt, daß er von den edelsten Motiven geleitet, ohne Hintergedanken gehandelt hat. Trotzdem ist es unsere Pflicht, auf die für die Arbeiterchaft schädlichen Folgen hinzuweisen, die aus der in letzter Zeit von verschiedenen Arbeiterausschüssen geübten Praxis entstehen resp. können.

### @@@ Aus der Industrie @@@

#### Chemische Industrie

#### Konferenz der Betriebsräte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands.

Unabspinnung über die Tätigkeit des Betriebsrates vom Bergwerk - Mannfelden und Selbstverbesserer.

Die große chemische Industrie soll scheinbar das zweite Versuchsland für die Diktatur des Proletariats werden. Am 16. August d. J. fand in Halle eine Konferenz der Betriebsräte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands statt. Zur Beratung stand folgende Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Reichskonferenz der Betriebsräte; 2. Ausbau der Bezirksorganisation; 3. Finanzlage; 4. Selbstverbesserer. Alles nach dem be- rühmten Muster des bekannten Bezirksbergarbeiterrats Halle, welcher in seinen „Richtlinien zur Zusammenfassung der revolutionären Bergarbeiter“ sich als oberstes Ziel die Anerkennung durch die Regierung gestellt hat. Nun wird gesagt: Der Reichsbergarbeiterrat hat eine äußerst intensive Agitation und ausgiebige Aufklärung durch Flugblätter, Broschüren usw. unter der Bezeichnung der chemischen Industrie zu betreiben sowie enge Fühlung mit den andern großen Industrie- und Bergarbeitergruppen (Eisenbahn, Metall, chemische Industrie, Ueberlandstraßenwerke usw.) zu nehmen. Er hat dafür Sorge zu tragen,











gut es ist, wenn die Kollegen einig sind. Bei einer hiesigen Firma wurde der Ausschuss beauftragt, bei der Firma betreffs Lohnveränderung vorzugehen. Sie hatten auch Erfolg, denn jetzt erhalten dort die Arbeiter und Arbeiterinnen 2,15 Mark statt 2,00 Mark. Auch die Arbeiterinnen und die Arbeiterinnen 1,20 Mark jetzt 1,40 Mark pro Stunde. Was bei der jetzigen Lohnsumme der einen Firma durch geschlossenes Vorgehen möglich ist, kann auch bei anderen Firmen sein. Einigkeit macht, während die Quertreiberei einzelner nur schadet. Das Prämienwesen oder sonstige Nebenleistungen von Seiten der Firma ist ebenfalls zu vermeiden. Wir wollen keine Erntehelfer, sondern fordern anständige Löhne. Gehen wir treu zum Verbands, dann werden wir allmählich bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse bekommen, als sie bisher waren. Die Tapetenindustrie steht immer an letzter Stelle. Das soll und wird aber nunmehr durch Einigkeit anders werden.

**Bunzlau.** Der Streit der Siegersdorfer Werke ist beendet mit Erfolg für die Arbeiter. Dieser Betrieb war bis jetzt der schlechteste in bezug auf Lohn, denn es wurden Löhne von 67 bis 83 Pf. bei 11 Stunden Arbeit gezahlt. Die Direktion hatte es bis jetzt verstanden, die an ihre Stelle gestellten Arbeiter mit dem niedrigsten Löhne festzuhalten und auch die Organisation aus dem Betriebe zu bannen. Durch zielbewusste Arbeit einiger Kollegen war es möglich, nach der Revolution die gesamte Arbeiterkraft der Organisation zuzuführen. Nun ist unser Verband als Vertretung der Arbeiterkraft anerkannt. Niemals wäre es möglich gewesen für eine Arbeiterkraft wie die Siegersdorfer, irgendeinen Erfolg ohne Organisation zu erzielen. Leider gibt es noch verschiedene Betriebe, wo die Arbeiter den Organisationsgedanken nicht voll und ganz erfasst haben, aber sie sollten sich an den Siegersdorfer Werken ein Beispiel nehmen, das nur durch den Zusammenschluss ein voller Erfolg möglich ist. Auch Niederschlesien muß auf diesem Gebiete vorwärts gebracht werden, und dazu gehört vor allen Dingen der Landkreis Bunzlau. Darum, schließt euch zusammen im Verband der Fabrikarbeiter und schafft dadurch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

**Offenburg.** Die Löhne bei der Firma H. Doll, hier, können nur als miserabel bezeichnet werden. Arbeiterinnen bis zu 21 Jahren erhalten einen Hungerlohn von 22 bis 25 Pf., Arbeiter über 21 Jahre bekommen 60 bis 90 Pf. pro Stunde. Dazu besitzt der Werkmeister Kaufmann noch den Mut, den Leuten mitunter den Lohn für eine bis zwei Minuten abzuziehen, falls der Arbeit nicht ausreicht, aber er gewöhnt sich die geistreiche Bemerkung, geht nach Hause und legt auch ins Bett. Das ist noch ganz der alte Geist, aber kein guter. Bei dieser Firma sieht es wirklich nicht so aus, als hätte sie die Revolution miterlebt. Vielleicht braucht sie noch extra eine solche.

**Obisleben.** Am 30. August war hier eine Kalliarbeiterversammlung einberufen, an der Agitatoren von der Vergarbeiter-Verbande teilnahmen. Da dieser Arbeiterzeitung nicht erschienen war, machte Kollege Straßmann den Vorschlag, unsere anwesenden Kollegen Gutsjahr vom Gausvorstand zu Tariffragen und Feiertagen zu lassen, damit die Versammlung nicht ungenützt bliebe. Ein Herr Friedrich Kühne wandte sich gegen diesen Vorschlag, denn er hätte die Versammlung einberufen, da hätte kein anderer etwas zu melden, und die Anwesenden müßten das Lokal verlassen. Ein Versuch des Kollegen Gutsjahr, die Arbeiter von der Notwendigkeit der Stellungnahme zu praktischen Angelegenheiten zu überzeugen, scheiterte, denn ein Dutzend Kommunisten erhoben ein Mißtrauensvotum, und damit im Einklang, so daß die Versammlung nicht tagen konnte. Von unsren Mitgliedern waren nur wenige anwesend, die Mehrzahl war in richtiger Erkenntnis des schädlichen Beginns des Herrn Kühne der Versammlung ferngeblieben, womit diesen Zerplitterer die richtige Antwort erteilt ist. Wir müßten unsere Mitglieder an dieser Stelle ermahnen, auch in Zukunft die Versammlungen dieser Natur meiden nicht zu besuchen, sondern vollständig an unsere Mitgliederversammlungen teilzunehmen, wo wir in aller Sachlichkeit über die uns interessierenden Arbeits- und Lohnfragen beraten und beschließen können, zum Nutzen aller Kollegen. Jede Zerplitterung der Arbeiterkraft muß vermieden werden, wenn die Arbeitsleistungen nicht wieder wie früher mit uns Arbeitern spielen sollen, wie es ihnen gefällt. Nicht hohle Phrasen und Missionen, auch nicht schamlose Parteipolitik, sondern von Wissen und Sachlichkeit getragene kollegiale Zusammenarbeit innerhalb eines Verbandes wird uns Kalliarbeitern nützlich sein. Das, Kollegen, sagt Herr Kühne, wenn er wieder einmal beschließen sollte, einen Teil zwischen euch zu treiben.

**Kottweil a. R.** Der Mitgliederbeleg war in Kottweil immer ein sehr geringer, denn Industrie ist keine hier außer der Pulverfabrik, und diese ist zur Zeit beinahe lahmgelegt. Die Mehrzahl der Kollegen arbeitet deshalb auswärts, besonders bei Holzhandarbeitern. Für letztere haben wir jetzt wieder zwei Lohnbewegungen auf eigene Faust durchgeführt. Wir erzielten für die Kollegen das erstmal im Monat März eine Lohnveränderung von 20 Pf. pro Stunde für Verarbeiter und Holz, so daß der Lohn nun 1,20 Mark und von 65 Pf. auf 85 Pf. erhöht wurde. Außerdem erhalten jetzt Arbeiter, welche nach der Arbeitsstelle über 30 Minuten zu gehen haben, eine weitere Stunde bezahlt. Verarbeiter erhielten eine Zulage von 60 Pf. pro Tag.

**Sollwitz-Reichenberg.** Am 21. und 25. August fanden hier Kalliarbeiterversammlungen statt, wo zum Reichsrat und dem letzten Streit in der Kalliarbeiter Stellung genommen wurde. Vom Gausvorstand war Kollege Gutsjahr (Gutsjahr) anwesend, welcher eingehend über die Verhandlungen mit den Kalliarbeitern berichtete und den abgelehnten Tarifvertrag ausführlich erläuterte. Der Reichsrat zeigte an, daß jeder Tarif mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen den Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber darstelle, was aus sich ergibt, daß zwischen den Forderungen der Arbeiter und den Interessen der Unternehmer immer eine Differenz verbleibe, so daß es erforderlich sei, wenn wir beim Abschluß des ersten Tarifes für die Kalliarbeiter nicht dem Erreichen, was wir fordern, so sein dem Kompromiß, daß auch die Gewerkschaftsleitungen mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht voll befriedigt sind. Es mußte jedoch beachtet werden, daß der Tarif nicht ein Einheitslohn sein darf, sondern wir deshalb wieder bestehen müssen, nachzufragen, was diesmal zu erreichen nicht möglich war. Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl zum Reichsrat, die entweder oder" geht, wie einige Kollegen glauben, sondern es geht bei Lohnbewegungen immer wieder in der jetzigen Zeit auch ein die Allgemeinheit nützlich zu sein. Da fast neben der Kallie das wichtigste Produktions- und somit Produktionsmittel ist, mit dessen Hilfe Deutschland vor allem von Auswärts ernährt wird, hat die Kallie eine besondere Bedeutung für die Bevölkerung. Die Kallie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig, der die Bevölkerung wegen der Kalliearbeiten nicht leicht lassen dürfte. Wenn die Kollegen den Tarifvertrag ablehnen können werden und vor allem jetzt darüber nachdenken, daß die Arbeitsleistungen der Kalliearbeiten des Reiches auch einbringen werden die Kollegen bald verstehen, daß gegenüber der Wichtigkeit der Kalliearbeiten von früher nunmehr durch den Tarif weit bessere Bedingungen geschaffen seien.

In der Diskussion hatten mehrere Kollegen an den Reichsrat Tarifforderungen betreffs Kalliearbeiten des Reiches, was ein wichtiger Wirtschaftszweig ist, erklärt. Sie erklärten, daß die Kalliearbeiten mit dem Tarif einverstanden sind.

Im weiteren Verlauf der Diskussion kam es zu einer Ansprache über den letzten Streit in der Kallie, welcher von Reichsrat beantwortet in der Höhe angeht. Die Diskussion ließ erkennen, daß die Kollegen keinen Erfolg zu erwarten haben, daß sie von unwichtigen Personen betrogen wurden. Kollege Gutsjahr zeigte das Verhalten der Reichsrat vor Gericht, durch deren Verhaftung die Kalliearbeiten einbringen werden. In Zukunft dürfen die Kollegen nicht mehr jedem Kompromiß, wie Reichsrat, sich hingeben, sondern sie müssen mit allen Mitteln das Streben betreiben, während sie in der Kallie durch die Gewerkschaftsleitungen, sowie bewusste Zerplitterung der Kalliearbeiten mit ihren persönlichen Vorteilen spielen und dadurch mehr Kollegen in die Kallie bringen.

Kollege Gutsjahr ermahnte die Mitglieder noch, in Zukunft alle Fragen mit Hilfe des Reichsrat zu regeln, wobei allerdings einseitige Willen und gegenseitiges Vertrauen als Richtschnur dienen müssen. Auf Anfrage wurde der Gausvorstand noch mit, daß die Gewerkschaften es nicht tun dürfen, wenn die Kalliearbeiten wegen des gewöhnlichen

Streits glauben, den Tarifvertrag nicht einhalten zu brauchen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige Kalliarbeiterversammlung in Sollwitz beschließt, daß die Kalliearbeiten nach wie vor ihre Interessen durch die Gewerkschaften vertreten lassen und es deshalb für die Zukunft ablehnen, sich von unverantwortlichen Personen zu Verhandlungen verleiten zu lassen, wodurch die Interessen der Mitglieder nur geschädigt statt gefördert werden. Die Kalliearbeiten in Sollwitz beschließen, nach wie vor die Verhandlungen mit der Betriebsleitung in Sollwitz betreffs Lohnveränderung und Feiertagen zu verfolgen. Es wurde von verschiedenen Rednern betont, daß, wenn sich die Kalliearbeiten zu eng an die Wünsche des Reichsrat hängen, wir gezwungen wären, den Reichsrat zu bekämpfen, um durch erneute Verhandlungen bestehende Unzulänglichkeiten zu beseitigen.

Nachdem die Kollegen Hartmann und Himmelfarb die Kalliearbeiten aufgefordert hatten, nunmehr wieder unerbittlich zusammenzutreten und dem Verbande treu zu bleiben, wurde die Versammlung geschlossen.

**Rundschau.**

Sich ihr alle da?

Nachdem etwas Ruhe eingetreten ist, wagen sich die heldenhaften Führer der gelben Truppen wieder aus ihren Schlupfwinkeln, um das Trümmersfeld nach etwaigen Resten ihrer alten Herrlichkeit abzufuchen, wie folgendes Schreiben zeigt:

Deutscher Arbeiterbund (Zentralverwaltung: Hannover, Südwinkelstraße 7).  
Abteilung der Industriearbeiter.  
Frankfurt a. M., Schloßstraße 117. Fernsprecher Lannus 4024.

Der Deutsche Arbeiterbund ist eine nationale Gewerkschaft auf der Grundlage der Betriebsorganisation und der Gliederung seiner Betriebsgruppen in Fachabteilungen (Abteilungen für Fabrikarbeiter, Bergarbeiter, Staatsarbeiter, Anstalts-, Pflege- und Hauspersonal u. a. m.). Der Deutsche Arbeiterbund unterstützt seine Mitglieder in allen Notlagen und will die wirtschaftliche und soziale Lage und geistige Lage seiner Mitglieder heben und die Standes- und Berufsinteressen der deutschen Arbeiterkraft wahren und fördern bei Lösung und Anerkennung berechtigter Interessen anderer Erwerbstätiger.

Frankfurt a. M., den 20. August 1919.

Werte Kameraden!

Nachdem durch die Revolution fast überall die Werkvereine durch den Terror der andern Gewerkschaften aufgelöst wurden, hat sich der Deutsche Arbeiterbund mit denselben Zielen der Bund Deutscher Werkvereine befolgt, mit demselben Ziel, den Bund Deutscher Werkvereine wieder aufzubauen. In der Annahme, daß auch bei Ihnen ein großer Teil Kameraden noch vorhanden ist, welche auf unsern Standpunkt stehen, richten wir die Frage an Sie, ob der Verein noch besteht und ob Sie gelegentlich unser Generalsekretär Kollege Geisler, Vorsitzender der Industriearbeiterabteilung des Deutschen Arbeiterbundes, zwecks Unterstutzung über die Form der wirtschaftsrechtlichen Arbeiterbewegung unterrichten kann.

Ihrer baldigen Nachricht gerne entgegengehend zeichnet

mit kameradschaftlichem Gruß

Deutscher Arbeiterbund, Generalsekretariat für Mittel- und Süddeutschland, J. K.: Keppeler.

Daß der Deutsche Arbeiterbund die geistige Lage seiner Mitglieder heben will, ist sehr hübsch von ihm. Gemerkt hat bis jetzt niemand etwas davon; auch die gelben Blätter lassen das Gegenteil von einer Hebung der geistigen Lage bemerken. Es ist auch nicht richtig, daß der Terror der andern Gewerkschaften die Werkvereine aufgelöst hat, vielmehr mußte der seit Jahren von den Gelben geleitete Terror unter dem Einfluß der Revolutionsereignisse fallen und die anständigen Elemente konnten hingehen, wohin sie gehörten, in die freien Gewerkschaften. Wir freuen uns über das Geständnis, daß die Werkvereine überall aufgelöst wurden, nachdem die Unternehmerhilfe fehlte. Die Arbeiterschaft wird im Interesse ihrer eigenen geistigen und moralischen Hebung gut tun, die gelbe Gefahr in Gestalt der Herren Geisler und Keppeler allein im Geheiß stehen zu lassen. Für die Werkvereine ist es eben Herbst geworden, der Revolutionssturm hat die gelben Ähren abgeerntet, und wir wünschen, daß sie nie wieder auf einen grünen Zweig kommen.

**Arbeiterferien.**

Mit dem 21. August ist in Oesterreich ein Gesetz in Kraft getreten, das allen industriellen und gewerblichen Arbeitern einen Urlaub von 2 bis 3 Wochen in jedem Jahr zusichert, wenn ihr Dienstverhältnis ununterbrochen schon ein Jahr gedauert hat, und von zwei Wochen, wenn es ununterbrochen schon fünf Jahre gedauert hat.

Jugendliche Arbeiter vor dem vollendeten 16. Lebensjahr erhalten schon nach einjähriger Dauer des Dienstverhältnisses einen Urlaub von zwei Wochen.

Während des Urlaubs hat der Verurlaubte Anspruch auf seine Geldbezüge, die bei Urlaub, Urlaub oder Gehalt, wenn nicht durch Kollektivvertrag etwas anderes vereinbart ist, nach dem Durchschnitt der letzten zwölf Wochen unter Ausscheidung nur ausnahmsweise geleisteter Arbeiten zu bemessen sind.

Die dem Arbeiter durch das Urlaubsgesetz gewährten Ansprüche können durch Vereinbarung weder aufgehoben noch beschränkt werden. Durch kollektiven Arbeitsvertrag kann jedoch eine Teilung des Urlaubs vereinbart werden.

Seit dem Jahre 1910 waren in Oesterreich Ferien gesetzlich eingeführt für die Handlungsgehilfen; auch einige Kantone der Schweiz haben ähnliche Anträge gemacht. In Frankreich ist seit 1911 für Lehrpersonen und für das weibliche Personal der Postanstalten bei Niederland ein zweiwöchiger Urlaub mit Gehaltsbezug vorgeesehen. In England erhalten die Handlungsgehilfen seit 1912 Sommerferien. Aber in keinem Lande ist in dem Umfange wie jetzt in Oesterreich die Ferienzeit der industriellen Arbeiterschaft erfasst wird.

**Privatinteresse und Volkswohl.**

Die Münchener medizinische Wochenschrift (Nr. 34/19) erinnert an das Allgöherer Blut, das am 1. Juli d. J. in den Vereinigten Staaten in Kraft getreten ist. Mit der Einführung des Verbotes der Herstellung und des Verkaufs alkoholischer Getränke verhandelt somit die hochentwickelte amerikanische Brauindustrie und der amerikanische Weinbau. Entschädigung wird nicht geleistet, da nach amerikanischer Auffassung ein Individuum oder ein Unternehmen, das sich mit der Herstellung oder dem Verkauf alkoholischer Getränke befaßt - Getränke, die die Gesundheit, Moral und die Sicherheit der Allgemeinheit gefährden - keinen Anspruch auf Entschädigung seitens des Staates hat, denn oberstes Gesetz ist die Wohlfahrt des Volkes (Artikel des Obersten Gerichtshofes vom Jahre 1887). In solcher Auffassung vom Volkswohl kann man selbst das Reich des Dollars ein Vorbild sein.

**Eingegangene Schriften.**

Von der „Neuen Zeit“ ist neben dem 22. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes sind hervorzuheben: Kämpfe der landwirtschaftlichen Produktion. Von Georg Schmidt (Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes) - Die Kämpfe der Tabakindustrie. Von Medizinalrat Dr. Heinrich Berger. - Einheitslohn - Einheitslohn. Von Franz Langhans. - Der Kapitalismus in der Staatspolitik. Von Hermann Straß (Rita u. H.). - Unsere Bildungsarbeit. Von E. Kallie (Kameraden). - Literarische Rundschau: Die Welt? Von Heinrich Gaus. - Professor Dr. Langhans, Gebilde Jugend. Professor Dr. A. Kallie, Was sollte man von dem Bau und der Tätigkeit des menschlichen Bewegungsapparates wissen? Professor Dr. A. Kallie, Was sollte man von dem inneren Aufbau des menschlichen Körpers und dessen Erkrankungen wissen? Von Dr. A. Kallie. - Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 6,50

Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**H. Bucharin.** Das Programm der Kommunisten (Volschewiki). Verlag: Gewerkschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin: S-B 48, Wilhelmstraße 9. Preis 3 Mk. Die Frage des Volksgewissens ist wohl die brennendste für die moderne Welt. Trotzdem wir es heute kaum etwas über das sich die Menschen so unklar finden, was darüber, was die Volksgewissen eigentlich wollen. Es ist daher zu begrüßen, daß das Programm der Kommunisten, wie es Bucharin niedergelegt hat, in einer wohlfeilen Ausgabe in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Die 19 Kapitel der Schrift handeln von der Herrschaft des Kapitals, von der Arbeiterklasse, der Kriegspolitik und der kommunistischen Gesellschaft. Die Begründung der Diktatur des Proletariats, der Kaderorganisation, der wirtschaftlichen Organisation der Landwirtschaft, der Industrie, des Konjunktur und des unwirtschaftlichen Handels sind Fragen, die auch die nicht volkswirtschaftlichen Staaten in höchstem Maße interessieren müssen, weil sie auf den Verkehr mit Rußland angewiesen sind. Jeder, der sich in der Programmschrift näher orientieren will, den Komplex der schwierigen Fragen, die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, ganz anders zu beurteilen vermag, als vorher. Deshalb ist die Schrift zur Orientierung sehr zu empfehlen.

**Verbandsnachrichten.**

Vom 31. August an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:  
Donaubrd 1227,50. Doberan 250. Euskirchen 1405,26. Goch 951,75. Krefeld 1. Velden 1000. Egeln 1000. Gatz 85,80. Weiskens 1500. Frankfurt a. d. O. 3000. Jena 1000. Mannheim 9000. Riesa 2000. Nienburg 68,30. Oplau 2000. Trossberg 1500. Schwertin 1200. Zschewitz 800. Naugard 167,11. Frankfurt a. M. 105,60. Jinsen 13 918,10. B. 20. Waldow i. M. 500. Brehfeld 200. Salzweil 19,50. Darmstadt 4330. Uten a. d. E. 2000. Eifenberg (S.-A.) 2000. Silberstein 3000. Schönbeck 3000. Weimar 1600. Freiwaldau 400. Altenbrat 288. Petershausen 200. Dwidborn 1000. Frankfurt a. M. 10 000. Strehla a. b. E. 800. Stolp i. Pom. 2500. Halle a. d. E. 179. Köslin 4000. Zwickau 2000. Schwarz 800. Dhruf 800. Tarnowke 200. Ralswiek 23. Ermleben 3. Sommerfeld (R.-A.) 800. Ralswiek 1000. Döbeln 800. Gemenz 403. Ottmachau 250. Baderleben 50. F. 5. Penig 2300. Waldshut 1000. Walsrode 600. Hall 500. Schloß 11. Wolde 400. Ralswiek 600. Ralswiek 228,30. Gabelschwert 1300. Pyritz 780. Freiburg i. Br. 1200. Radeburg i. E. 500.

Schluß: Sonnabend, den 6. September, mittags 12 Uhr.

H. R. Bruns, Kassierer.

**Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen**

erzielt die Zahlstellen:  
Gautzstadt. 10 Pf. pro Mitglied und Woche.  
Hof-Moschendorf. 20 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 10 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder, vom 1. Oktober 1919 an.  
Landsht. 20 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder, vom 1. Oktober 1919 an.  
Mörsleben (Wode). 10 Pf. pro Woche und Mitglied vom 1. Oktober 1919 an.  
Penig. 10 Pf. pro Woche und Mitglied vom 1. Oktober 1919 an.  
Plauenischer Grund. 30 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 20 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder, vom 1. Oktober 1919 an.  
Reichswald. 20 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder, vom 1. Oktober 1919 an.

**Neue Adressen und Adressenänderungen.**

Arnberg i. B. Karl Fischer, Bahnhofstr. 6.  
Duerstadt. Paul Gerlach, Gerblingeröder Landstr.  
Friedland i. M. Richard Theiß, Marienstr. 3.  
Groß-Motmersleben, Dr. Neuhaldensleben (Gau 2). Hermann Hellwig.  
Habernsleben, Post Hanerau i. Holstein (Gau 15). Konrad Sievers, Landweg 31.  
Hörs i. Westfalen. Jakob Felix Kamp, Luthhalle.  
Kronau, Bezirk Koblenz. Math. Wandt, Hauptstr. 76.  
Sprangitz ist mit Schneidemühl verschmolzen.  
Kraupp wird am 1. Oktober mit Appeln verschmolzen.  
Malkow. Georg Adamig, Eisenberger Straße 9. Otto Wollig, Eisenberger Straße 12.  
Muskau. 1. Bev.: Heinrich Nidel, Lugnitz. Geschäft: Kurt Bruckauf, Lugnitz 6. Tetzsch, Gatzhaus zur Gasse.  
Orbis b. Kirchheimbuden (Gau 12). Valentin Seibel II. Plauenischer Grund. Otto Bach, Paul Große, Bureau: Döhlen b. Dresden, Tharandter Straße 78 K.  
Landsht. 1. Bev.: Julius Stubbe, Kieler Straße.  
2. Bev.: Karl Stubbe, Parade Nr. 1.  
Altenfelden i. B. Gau 10. Hugo, Junglingsheim.  
Sinnach a. Inn (Gau 10). Scheibhuber, Wisenstr. 1.  
Sondershausen (Gau 8). Ditto Leichmann, Jecha bei Sondershausen, Neue Straße.  
Schlehdorf a. Kollache (Gau 10). Hans Böllner.  
Schwaben. Stephan Bibi, Reichert, Post Schwaben.  
Schwarz. Albin Göthe, Rudolstädter Straße.  
Schwarzwald. 1. Bev.: Reinhold, Siedrich, Seestr. 10. Geschäft: Andreas Hub, Amppolth. 20.  
Stad. Ditto Schumann, Rosenstr. 2.  
Ternow. Wilh. Seedorf, Fischerstr. 12.  
Wostowa wird am 1. Oktober mit Appeln verschmolzen.

**Die Zahlstelle Zwickau**

sucht bis zum 1. Oktober einen tüchtigen Lokalbeamten.  
Reflektiert wird auf einen Kollegen, der agitatorische und rednerische Fähigkeiten besitzt. Bewerber müssen 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Der Bewerber ist neben einem handschriftlich abgefaßten Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung die Beantwortung folgender Fragen beizubringen:  
1. Wie ist eine Zahlstelle auszubauen?  
2. Wie ist eine Quartalsabrechnung herzustellen?  
Bewerbschriften mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum 1. Oktober zu richten an Ernst Schmidt, Zwickau, Kommarkt 11. [7,50 Mk.]

**Die Zahlstelle Waldheim**

sucht zum 1. Oktober einen Geschäftsführer.  
Der Bewerber ist neben einem handschriftlich abgefaßten Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung eine Antwort auf die Fragen beizubringen:  
1. Wie ist eine Zahlstelle auszubauen?  
2. Wie ist eine Quartalsabrechnung herzustellen?  
Bewerbschriften mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum 20. September zu richten an Ernst Schäfer, Waldheim i. E., Niederstadt 39. [7,00 Mk.]

**Zahlstelle Goslar.**

Die Geschäftsstelle ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. [2,00 Mk.] J. A.: Die Ortsverwaltung.